

der Arbeit des Vors a

Tunnelsanierung

LGU gegen neues Tunnel

In Triesenberg ist eine Initiative zustande gekommen, deren Ziel darin besteht, ein neues Tunnel zu bauen, anstatt das alte zu sanieren. Die Initianten begründen ihre Aktion unter anderem mit dem Schutz der Umwelt, weil ein neues Tunnel ab Gnalp den Bergwald zwischen Gnalp und dem heutigen Tunneleingang schonen würde.

Die LGU hat sich in einer öffentlichen Stellungnahme gegen dieses fadenscheinige umweltschützende Argument gewehrt (21. 1. 87). Der Bau einer neuen Tunnelröhre hat mit Umweltschutz nichts zu tun. Man bedenke nur die Lärm-, Staub-, Abgas- und Verkehrsbelastung während der Bauzeit. Man bedenke aber vor allem den Verkehr--; der nach einer besseren Erschliessung des Alpengebietes folgen wird.

Die LGU spricht sich klar gegen den Bau eines neuen Tunnels aus, das mit Mehrausgaben von über 10 Millionen Franken zu einer Zunahme des Tagestourismus in unserem Alpengebiet führen wird. Daher ist die LGU auch gegen eine Ausweitung des heutigen Tunnels, wie es von der Regierung vorgeschlagen und vom Landtag genehmigt wurde. Das Tunnel ist in den heutigen Ausmassen allen Berggängern zumutbar.

Radioaktivität

Untersuchung der Strahlenbelastung

Ein Mitglied der LGU hat uns gebeten, abzuklären, ob die radioaktive Belastung von Laub bedenklich ist oder ob das Laub ohne weiteres als Kompost für den Garten verwendet werden dürfe.

Einer Zeitungsmeldung aus Deutschland mussten wir entnehmen, dass von der Kompostierung von Laub dringend abgeraten wurde. Laub solle entweder unter Bäumen verteilt oder in den Wald gefahren werden. Wir haben das Amt für Lebensmittelkontrolle aufgefordert, das liechtensteinische Laub zu untersuchen. Das Amt ist unserer Aufforderung nachgekommen und hat einige Wochen später in den Zeitungen gemeldet, dass das Laub unbedenkliche Strahlenwerte aufweise (18. 12. 86).

Schafalpfung

Vorbereitungsgruppe gebildet

Die Schafalpfung mit einem Wanderhirten hat sich aus botanischer Sicht als sehr nachteilig herausgestellt. Die Schafe wurden von der Sücka über das Bergle zum Sareis, Augstenberg und Bettlerjoch ge-

führt. Dabei wurde auf bedeutsame Pflanzenstandorte keine Rücksicht genommen. Unser ehemaliges Vorstandsmitglied und Sekretär der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Sargans-Liechtenstein-Werdenberg, Wilfried Kaufmann, hat sich mit dieser Kritik an die Zeitungen gewandt.

Die LGU hat sich aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der Schafalpfung auf dem Äppler bereits vor Jahren für eine Wanderherde eingesetzt, allerdings in einem anderen Gebiet als den 1986 gewählt. Wir haben daher an das Landwirtschaftsamt, die Schafzuchtgenossenschaft, die betroffenen Alpgenossenschaften und andere, die es angeht, geschrieben und um eine Aussprache gebeten. Am 10. Dezember 1986 hat dieses Treffen stattgefunden, an welchem die verschiedenen Standpunkte und Erfahrungen ausgetauscht wurden. Es wurde vereinbart, an weiteren Treffen eine für alle akzeptable Lösung zu suchen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Schafalpfung auch weiterhin mit einer Wanderherde erfolgt. Wir schlagen aber das Gebiet vor, auf welchem bereits unsere Vorfahren den Schwerpunkt der Schafalpfung gesetzt hatten. Das ist das Gebiet südlich des Rappensteins. Dort sind die geeigneten Lagen für eine Schafalpfung. Weder botanische noch viehwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Interessen stehen dort im Wege. Auch die Erosionsgefahr als weiteres Entscheidungskriterium bereitet dort wenig Probleme.

Öffentlicher Verkehr

Entscheidung zugesagt

Wir hatten Anfang September gemeinsam mit dem Verkehrsclub Liechtenstein (VCL) ein Gespräch mit Regierungsrat Wilfried Büchel zu Fragen des öffentlichen Verkehrs. Dabei konnten wir ihm unsere Vorstellungen und Wünsche unterbreiten. Insbesondere haben wir darauf gepocht, dass das von einer Regierungskommission in Zusammenarbeit mit dem Planungsinstitut Metron ausgearbeitete reife Konzept zur Förderung des öffentlichen Verkehrs von der Regierung verabschiedet und realisiert wird.

Am 12. November fand eine Podiumsdiskussion zum Thema öffentlicher Verkehr in der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung statt, an der Regierungsrat Wilfried Büchel, Karl Koster (PTT), Hannes Müller (metron), Werner Kutschera (Bauamt), Norbert Brunhart (VCL), Gilbert Beck (ATC), Hanno Konrad (Planungsgruppe Schaan) und Wilfried Marxer (LGU) teilnahmen.

Wichtigstes Ergebnis aus der Sicht der

LGU ist die Zusage von Regierungsrat Wilfried Büchel, noch im Jahr 1986 ein Konzept zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, das sich am Kommissionsbericht orientiert, in der Regierung einzubringen und verabschieden zu lassen.

Darauf warten wir jedoch bis heute vergeblich. Immerhin aber weist der neue Sommerfahrplan der Postautos einige Verbesserungen auf.

Magerwiesen

Schutz wird vorbereitet

Der Verlust an Magerwiesen hat im liechtensteiner Talraum dramatische Ausmasse angenommen. In den letzten LGU-Mitteilungen haben wir darüber berichtet. Inzwischen haben wir den zuständigen Stellen Unterlagen zugesandt, wie man — beispielsweise im Kanton Solothurn — mit Bewirtschaftungsprämien für die Landwirte die Magerwiesen schützen kann.

Soweit wir informiert sind, hat jetzt die Naturschutzkommission der Regierung (in der die LGU keinen Einsitz hat) einen entsprechenden Antrag an die Regierung weitergeleitet. Vielleicht wird jetzt doch noch etwas unternommen, bevor alles verloren ist. Dann wären die jahrelangen Bemühungen der LGU zum Schutz der letzten Magerwiesen wenigstens nicht gänzlich erfolglos gewesen.

Altpapier

Aufforderung zu vermehrter Verwendung

Mit einem Schreiben an das Amt für Personal und Organisation der Landesverwaltung sowie an die Gemeindevertretungen Liechtensteins, haben wir uns für die vermehrte Verwendung von Altpapier ausgesprochen.

Es ist ein Widerspruch, wenn fleissig Altpapier gesammelt, aber kaum verwendet wird. Das führt zu den bekannten Altpapierbergen, während statistische Bücher, Landtagsprotokolle oder Gemeindebulletins auf weissem Papier gedruckt werden. Wir haben gleichzeitig einen Fragebogen an die Gemeinden geschickt, um herauszufinden, wo heute Altpapier verwendet wird und wo weitere Einsatzmöglichkeiten gesehen werden. Wir werden die Auswertung bekanntgeben, sobald die Fragebogen bei uns eingetroffen sind.

Die Regierung hat sich inzwischen bereits mit unserem Anliegen befasst und das Amt für Personal und Organisation mit der Weiterbearbeitung betraut.

Der Erfolg der Aktion wäre am sichersten, wenn die Verbraucher (Bürgerin-